

Der „Generalplan Ost“ – Vertreibung und Völkermord! Noch fehlt das „Geh-Denken“ im Berliner Stadtbild

Am 8. Mai jährt sich zum sechzigsten Mal der Tag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus. Es wäre ein günstiges Jahr, um Versäumnisse bei der Aufarbeitung von Geschichte und notwendiger Erinnerung nachzuholen.

Zwischen Joachim-Friedrich-Straße und Hektorstraße erinnert bis heute nichts daran, dass dort am Kurfürstendamm einst das „Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums“ stand. Als dessen Leiter hat-

Ausarbeitung dieser Strategie war die Spielwiese der Schreibtischtäter, von denen nicht wenige nach 1945 wieder gut dotierte Posten an deutschen Instituten bekleideten.

Bisher fanden die diversen Initiativen, an die wissenschaftliche Planung von Vertreibung und Völkermord zu erinnern, wenig Resonanz. Weder die Freie Universität noch die Humboldt-Universität wollen sich in der Nachfolge der damals beteiligten wissenschaftlichen Institute sehen. Auch die DFG stellt sich bis heu-



Stilles Gedenken auch nach 60 Jahren – Gleis 17 am S-Bahnhof Grunewald
Fotos: reuters

te der „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler den „Generalplan Ost“ in Auftrag gegeben. An der Ausarbeitung waren verschiedene Dienststellen der SS beteiligt, mitfinanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

„Generalplan Ost“ war die harmlose Bezeichnung für die ethnische Umstrukturierung und dauerhafte „Germanisierung“ der besetzten Ostgebiete. Über 30 Millionen Russen, Polen, Tschechen und Ukrainer sollten – vorerst – nach Sibirien zwangsumgesiedelt werden. An ihrer Stelle sollten sich dort „Volksdeutsche“ niederlassen, um die „deutsche Volkstums-grenze“ nach Osten zu verschieben. Noch sahen sich Hitler, Himmler, Heydrich und ihre Helfershelfer nicht in der Lage, die osteuropäischen „Untermenschen“ vollständig zu vernichten. Bis es so weit wäre, sollten diese Länder zumindest wirtschaftlich ausgebeutet werden.

Auch wenn der „Generalplan Ost“ erst im Frühjahr 1942 in seiner endgültigen Fassung vorlag, waren die Angriffskriege gegen Polen 1939 und die Sowjetunion 1941 bereits Bestandteile dieser menschenverachtenden nationalsozialistischen Politik. Die schriftliche

te ihrer Mitverantwortung nur mit großem Widerwillen. Weder in Dahlem noch an der HU mahnen Gedenktafeln und vor dem Polzeiabschnitt am oberen Kurfürstendamm ist bis heute kein Hinweis auf das „Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums“ zu finden.

Was den bisherigen Initiativen verwehrt blieb, könnte 2005 – 60 Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur – vielleicht gelingen. Seit langer Zeit setzt sich ein Privatmann für ein Mahnmal am Kurfürstendamm ein, das der Bezirk nicht wirklich abgelehnt, aber bisher auch noch nicht realisiert hat. Ein entsprechender Antrag der PDS-Bezirksverordneten Charlottenburg-Wilmersdorf befindet sich derzeit im „Geschäftsgang“, da SPD, CDU und FDP sich nicht durchringen konnten sofort zuzustimmen.

Allerdings gibt es jetzt Hoffnung, dass sich dieser „Geschäftsgang“ nicht mehr allzu lange hinziehen wird... Zu verdanken ist diese der Initiative eines anderen Privatmannes: Hans Wall! „Die Wall AG ist bereit, die Kosten für die Aufstellung dieser [beleuchteten Info-] Stele einschließlich der laufenden Stromkosten zu übernehmen und betrachtet

Zwischenruf

Grüner Komödienstadl

„Scheinheilig“ ist ein Wort, das die Grünen gerne benutzen, um die Politik der anderen zu beschreiben. Am besten beschreibt es allerdings die Politik der Grünen selbst. Besonders hier in Berlin will der geistige Spagat zwischen Regierungsverantwortung im Bund und selbstgewählter Opposition im Abgeordnetenhaus immer weniger gelingen.

Dass sich Grünen-Politiker als Vertreter der von „Hartz IV“ Betroffenen präsentieren und ihre Kritik nicht an die Bundesregierung oder ihre Stadträte sondern an den Senat richten, wirkt wie schlechter Boulevard.

Forderungen nach Fahrverboten in Berlin zur Einhaltung der neuen Europa-Verordnung zur Luftreinhaltung einerseits und andererseits eine Verbraucherschutzministerin und ein Umweltminister, die die notwendigen Gesetze nicht vorlegen sind vielleicht medienwirksam, aber unredlich.

Entlarvend wird es beim Beispiel Kulturförderung. Da hatte der Senat den Vorschlag gemacht die Sanierung der Staatsoper im Rahmen der „Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt Berlin“ finanziell abzusichern. Diese Idee lehnte die Bundesregierung (SPD/Grüne) damals ab. Kaum ein paar Monate später setzen sich mit genau dieser Forderung Abgeordnete der Grünen aus Bundestag und Abgeordnetenhaus in Szene. Und womöglich hat die Bundesregierung auch noch rechtzeitig eine plötzliche Erleuchtung...

Es ist zu befürchten, dass solche Possen bis zur Wahl 2006 noch mehrfach aufgeführt werden, und sich die Kleindarsteller der Grünen mit billigen Jahrmarkttricks unverdienten Szenenapplaus erschleichen.

Uwe Stümke

es auch als besondere Ehre, zukünftig sämtliche Wartungs- und Reinigungskosten zu übernehmen.“

Sollte der Bezirk nun weiterhin zögern, einem Mahnmal für die notwendige Erinnerung an einen der Ursprungsorte von Vertreibung und Völkermord zuzustimmen, darf er zumindest keine Kostengründe mehr vorschieben.

Natalie Rottka

Integration lässt sich nur gemeinsam erreichen

Giyasettin Sayan, Mitglied des Abgeordnetenhauses für die PDS, spricht über das multikulturelle Zusammenleben in Berlin und die Aufgaben der Politik

Seit der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh Ende letzten Jahres werden auch in Deutschland wieder verstärkt Debatten um Integrationsprobleme geführt. Ist Multikulti gescheitert?

In unserer Gesellschaft gibt es keine Alternative zur Interkulturalität. Die Zeit der national geprägten Leitkulturen ist vorbei. Immer mal wieder erhitzen kurzfristige Krisen die Gemüter, aber die sind nie von langer Dauer. Weltweit gibt es eine solide Grundlage für ein multikulturelles Zusammenleben.

Dennoch zeigt die derzeitige Debatte Defizite bei den Bemühungen um Integration. Diese haben vielfältige Grundlagen: In der Bildung, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch in der Kultur- und Sozialpolitik. Es ist Aufgabe der Politik, diese Defizite aufzulösen. Deshalb hat die PDS in der rot-roten Regierung auch darauf bestanden, das „Neutralitätsgesetz“ mit entsprechenden Maßnahmen zu koppeln.

In Berlin leben etwa 230.000 Musliminnen und Muslime, von denen nicht einmal zwei Prozent in Moscheen organisiert sind. Brauchen wir vor dem Hintergrund dieser Zahlen wirklich ein „Kopftuchgesetz“?

Fest in Moscheen organisiert sind in Berlin tatsächlich nur etwa 3.700 Menschen muslimischen Glaubens, allerdings gibt es ungefähr 10.000 praktizierende Musliminnen und Muslime – zu Hause oder bei gelegentlichen Moschee-Besuchen. Aber es existieren auch kleine islamistische Gruppierungen, die vom Ausland her aus verschiedenen Strömungen organisiert werden. Diese müssen verfolgt werden, sind allerdings kein Anlass für ein Bedrohungsszenario.

Wir sind vielmehr angehalten, statt dessen eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Islam zu führen, auf allen Ebenen und in Zusammenarbeit mit den islamischen Gemeinden.

Aus meiner Sicht wäre kein „Kopftuchgesetz“ nötig gewesen. Da sich aber quer durch alle Parteien – nicht in der PDS – im Abgeordnetenhaus eine große Mehrheit dafür aussprach, haben wir uns in der Koalition schließlich auf dieses „Neutralitätsgesetz“ – keinerlei Symbole für jedwede Religion – eingelassen, allerdings nicht ohne Gegenforderungen zu stellen.

Die PDS hat dem rot-roten „Neutralitätsgesetz“ nur zugestimmt, weil

zeitgleich ein Paket von Antidiskriminierungs- und Integrationsmaßnahmen verabschiedet wurde. Wie sehen diese konkret aus?

In erster Linie beziehen sich diese Maßnahmen auf muslimische Mitmenschen, zu allererst auf Frauen und Mädchen und deren Integrationschancen; sie stehen deutlich schlechter als die männlicher Zuwanderer. In diesem Zusammenhang wird der Arbeitskreis „Islam und Schule“ eine wesentliche Rolle spielen. Wir müssen die Widersprüche zwischen der islamischen Tradition und den Gepflogenheiten in unseren Schulen zumindest reduzieren. Es sind doch die Kinder, vor allem die Mädchen, die darunter leiden, dass sie nicht am Schwimmunterricht oder an Klassenfahrten teilnehmen dürfen...

Zudem wird beim Senatsbeauftragten für Migration eine „Antidiskriminierungsstelle“ eingerichtet. Zusätzlich zu diesen gesetzlich verankerten Maßnahmen wird die PDS-Fraktion darauf achten, dass flankierende Schritte gegangen werden: Patenschaften für Unterdrückte, ideelle Unterstützung für staatliche Jugendeinrichtungen sowie materielle Zuwendungen für Beratungsstellen. Und noch im vergangenen Jahr ist in Berlin der „Beirat für Migration und Integration“ ins Leben gerufen worden...

Wie kann ein Arbeitskreis „Islam und Schule“ wirklich wirksam werden, wenn Eltern wie Kinder die deutsche Sprache nicht beherrschen?

Dieser Arbeitskreis ist eine Art Pilotprojekt. Mit den christlichen Kirchen und der jüdischen Gemeinde gibt es Staatsverträge; für die Moscheen gab es bisher kein ähnliches Konstrukt. Da ich kein Freund von Staatsverträgen bin, sehe ich in diesem Arbeitskreis eine große Chance. Er ist ein Versuch, die Vorzüge eines Staatsvertrages auch ohne einen solchen positiv zu nutzen: „Islam und Schule“ ist beim Bildungssenat angesiedelt; bisher gab es nur „private“ Beziehungen zu islamischen Einrichtungen. Dieser Bann ist gebrochen, da nun offizielle Kontakte zwischen Senat und Moscheen in Berlin stattfinden werden. Wenn wir sie nutzen, kann sich das für die Stadt mehr als vorteilhaft auswirken.

Das Sprachproblem muss extra behandelt werden: Wir werden Menschen, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben, ohne die deutsche Sprache zu sprechen, nicht in Sprachkurse zwingen können; wir können sie



Giyasettin Sayan

Dipl.-Politologe, Betriebswirt
geb. 04.04.1950 in Haskoy-Mus/Türkei;
geschieden, zwei Kinder
1985 bis 1998 Sozialberater bei der
Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V. · Mitglied Stiftung
Umverteilen sowie Kurdische Gemeinde zu Berlin ·
MdA seit 1995, Schwerpunkte:
Präsidiumsmitglied des AGH, Migration, Kultur

Telefon: 2325-2597 – Fax: 2325-2515

ihnen anbieten... [Im neuen Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung ist festgeschrieben, dass Menschen, die langfristig in Deutschland leben wollen, eine Sprachbarriere überspringen müssen – dies gilt aber nur für die, die jetzt in unser Land kommen. *Anm. d. Red.*] Mit der Festlegung auf die deutsche Sprache befürchte ich allerdings Motivationsprobleme bei Kita- oder Schulkindern aus Familien, die nicht aus ihrer Muttersprache „abgeholt“ werden. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoller, Deutsch als erste, frühe Zweitsprache festzuschreiben: Mehrsprachigkeit ist langfristig ein großer Vorteil. Hier wird der „Beirat für Migration und Integration“ eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

„Beirat für Migration und Integration“ – geht es um konzeptionelle Arbeit oder individuelle Unterstützung?

Die PDS-Fraktion hat im Rahmen des Koalitionsvertrages darauf bestanden, dass in einer multikulturellen Stadt – wie Berlin – Verbände, Vereine und Gewerkschaften einen Verbund mit Politik und Kultur eingehen, um ein gesamtstädtisches Integrationskonzept zu erarbeiten. Dieser Beirat ist ein Novum, da neben den „üblichen Verdächtigen“ auch sechs Staatssekretäre aus den zuständigen Senatsverwaltungen mitarbeiten: Zum ersten Mal ist ein solches Gremium hoch angebunden. Der „Beirat für Migration und Integration“ ist also ein politisches Gremium und steht in intensivem Austausch mit dem Migrationsrat, in dem 54 Migrantenorganisationen arbeiten. Individuelle Hilfe erhalten die Menschen weiterhin bei den Wohlfahrtsverbänden und vielen verschiedenen Selbsthilfevereinen, die vom Senat mit 1,7 Euro unterstützt werden.

Interview: Natalie Rottka

Arbeit muss gerechter verteilt werden!

Hartz IV fordert nur – die Förderung bleibt außen vor

Es fing nicht gut an mit Hartz IV: In Berlin sind bis Ende 2004 weit mehr als 10.000 Anträge liegen geblieben, verschwunden oder einfach nicht bearbeitet worden. Sicherlich auch weil in einigen Bezirken Sozialämter und Arbeitsagenturen noch nicht überall –

wie von der Bundesregierung im Gesetzblatt festgelegt – wirklich zusammen arbeiten (können). Denn das Gesetz schreibt selbst bis ins Kleinste vor, wie das Gebäude für ein Job-Center beschaffen sein muss...

Und es ging nicht gut weiter: Denn eigentlich

beitsagenturen 6.580 offene Stellen gemeldet. Damit kamen auf einen angebotenen Arbeitsplatz 50 registrierte Arbeitsuchende.

In den anderen ostdeutschen Ländern sieht es nicht besser aus. Immer wieder wiesen Kritiker darauf hin, dass Hartz IV kein schlüssiges Konzept für den Osten böte, weil hier die Stellen schlicht fehlen. Die Verantwortlichen wollten das nicht wahrhaben und hielten fest an „Fordern und Fördern“.

Und wie soll es nun weiter gehen? Bisher hieß eines der Zauberworte „Mehraufwandsentschädigungen“ (MAE) – im Volksmund Ein-Euro-Jobs genannt. Aber auch diese Magie ist längst der Ernüchterung gewichen, denn diese Billiglohn-Zusatzjobs dürfen reguläre Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht verdrängen! Hier allerdings stellt sich dann die Frage: Was eigentlich ist zusätzliche Arbeit? Es ist wohl Arbeit, die es schon immer gab, die nur niemand bereit war zu bezahlen. Diese Arbeit brachte keinen finanziellen Gewinn, also wollte man auch kein Geld ausgeben. Daran hat sich wenig geändert, aber das Konzept von Hartz IV heißt derzeit halt „Fordern“. Wer den Billigjob ablehnt, verliert seine Ansprüche. Das bringt dann vielleicht wieder ein wenig Geld in die Staatskasse.

Und welche ersten Schlüsse lassen sich ziehen? Hartz IV klemmt an allen Ecken und Enden. Nur selbstverständlich ist die Bundesregierung längst noch nicht bereit nachzubessern. Aber vielleicht ist das ja ganz gut so. An diesem Gesetz lässt sich nämlich nichts korrigieren, und es liegen längst bessere Konzepte vor, um Arbeit in Deutschland wieder gerechter zu verteilen. (nr)



Bezirksverordnete:

Jürgen Hornig

Mitglied folgender Ausschüsse:

Ausschuss für Haushalt

Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Ausschuss für Sport

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Tel.: 522 790 30

Fax: 522 790 31

E-Mail: j.hornig@pds-charlottenburg-wilmersdorf.de

Benjamin Apeloig

Mitglied folgender Ausschüsse und Vertreter der PDS im Ältestenrat:

Ausschuss für Schule

Ausschuss für Bauleitplanung

Ständiger Gast im Jugendhilfeausschuss

Ausschuss für Bildung und Kultur

Frauenausschuss

Tel.: 0178 312 83 24

E-Mail: b.apeloig@pds-charlottenburg-wilmersdorf.de

hieß das wesentliche Prinzip von Hartz IV ursprünglich „Fordern und Fördern“. Vom „und“ hat man sich – bis zum Sommer zumindest – erst einmal verabschiedet: Es fehlt an Personal und wohl auch an Geld, um Arbeitslose sinnvoll zu betreuen und zu fördern. Derzeit muss sich ein einziger „Betreuer“ in Berlin um 450 Erwachsene ohne Einkommen kümmern.

Schuld ist nicht der Senat: Es liegt in der Verantwortung der Bundesagentur für Arbeit, ausreichend Personal einzustellen. Nur so können die JobCenter weiter aufgebaut werden, um die versprochene bessere Betreuung und Förderung der Arbeitslosen zu gewährleisten.

Allerdings muss in Berlin – hier ist jede(r) Fünfte ohne Job – auch die Frage erlaubt sein, wohin diese Menschen eigentlich vermittelt werden sollen. Ende Januar waren bei den Ar-

Impressum

Herausgeber: PDS-Bezirksverordnete in der BVV-Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P.: Benjamin Apeloig
redaktion@pds-charlottenburg-wilmersdorf.de

Bildrechte, wenn nicht anders vermerkt: U. Stümke
Erscheinungsdatum: 15. 02. 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Büro der Bezirksverordneten:
Rathaus Wilmersdorf, Raum 3101,
Fehrbellinerplatz 4
10707 Berlin

Tel.: 90 29-14 91 0 (montags von 18.00 – 19.00 Uhr)
Fax: 74 73 26 91

Lieber Stolpern als Nicht-Rutschen

Seit 1996 werden in immer mehr Städten unseres Landes „Stolpersteine“ verlegt. Auf den Gehwegen erinnern die Steine namentlich an Menschen, die einst in diesen Straßen lebten, bevor die Nationalsozialisten sie verschleppten und ermordeten.

Allerdings sind längst noch nicht alle Städte und Kommunen bereit, der stets privaten Initiative „Stolpersteine“ auch Raum zu gewähren. Leider gibt es nun auch in unserem Bezirk ungeahnte Schwierigkeiten: Das Tiefbauamt befürchtet eine „Rutsch-

gefahr“, wenn die metall-belegten Steine weiter als 40 Zentimeter von den Hauswänden entfernt liegen. Bei dieser geringen Entfernung allerdings wird auch niemand mehr über einen der Steine stolpern...

Damit die „Stolpersteine“ ihren Sinn nicht verlieren, sollte das bezirkliche Tiefbauamt die Vorschriften – ähnlich wie in andere Kommunen – weniger streng auslegen. Ein entsprechender Antrag der PDS wird derzeit im Bauausschuss behandelt. (bb)

Die NPD wuchs auf dem Lande

Es waren vor allem junge Leute, die die NPD in Sachsen zahlenmäßig auf Höhe der SPD hievt. Laut infratest dimap votierte jeder vierte Wähler unter 24 Jahren für die NPD. In Sachsen hat die NPD einen 15-jährigen intensiven Verankerungsprozess hinter sich. Vor allem über jugendkulturelle und „kameradschaftliche“ Angebote konnte man sich ausbreiten und nicht wenige ländliche und kleinstädtische Gegenden erobern. Gezielt wurden Jugendräume und -häuser, Kneipen sowie Diskotheken übernommen,

Ganz anders die Initiativen gegen Rechts. Ihre Projekte sind zeitlich befristet, alljährliche Kürzungen bei Sach- und Betriebskosten sind normal. So kämpfen die Initiativen an vielen Fronten: gegen Rechts, gegen die Finanznot, gegen die Bürokratie, gegen die Ignoranz vieler Bürger vor allem aber gegen die Landes- und Lokalpolitik.

Wenn Jugendarbeit sinnvoll sein soll, muss sie kontinuierlich sein. Doch vom neuen Demokratieprogramm in Sachsen (2 Mio.



gezielt zeigte man sich auf öffentlichen Plätzen und schuf „national-befreite“ Zonen. Gewalt wurde und wird dabei als Ordnungsfaktor der Gesellschaft anerkannt und zur Durchsetzung eigener Interessen und Ansichten eingesetzt. Und dies vor allem im ländlichen Raum.

Wer an Kleidung und Haarschnitt seine nationale Gesinnung zu erkennen gab, blieb unbehelligt. Alle anderen wurden als undeutsch deklariert und mit Gewalt bedroht. Ihnen verblieben so nur zwei Möglichkeiten: Flucht oder Unterordnung. So gelang es den Rechten, die kulturelle Hegemonie zu übernehmen und „national-befreite“ Zonen zu schaffen. Mittlerweile ist das Aussehen egal, man hat in einigen Gegenden die Macht, man ist im Alltag verankert. Verbunden wurde die enorme jahrelange Präsenz mit „nationaler Schulungsarbeit“. So haben viele Elternhäuser der Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Werteverchiebungen ihrer Kinder nichts entgegenzusetzen. Zudem ignorieren Gesellschaft und Politik, vor allem in den Landkreisen, die Bedürfnisse Jugendlicher und bieten keine Räume, Ansprechpartner und schon gar nicht jugendkulturelle Alternativen. Im Gegensatz zu den Rechten. Sie verfügen über Räume, sich zu treffen, helfen bei Problemen konkret und bieten Werte und Zusammengehörigkeit. Zudem gibt es mittlerweile viele Geldgeber im Hintergrund.

Euro) werden vor allem Werbeagenturen (500.000 Euro) und externe Sachverständige (750.000 Euro) profitieren. Laut Haushaltsplanentwurf sollen nur 750.000 Euro an die Initiativen gehen. Die hatten ihren Bedarf allerdings schon mit 1,5 Mio. Euro abgegeben...

Heiko Hilker, MdL Sachsen

In den kommenden Ausgaben wird die Bezirksbühne in loser Serie verschiedene Aspekte zum Thema veröffentlichten.

Zurückstutzen bitte!

Zeitung und Fernsehen heizen unsere Stimmung im Voraus auf: „Dresden sollte am 13. Februar Schauplatz des bislang größten Neonazi-Aufmarsches werden,“ und dann erst recht der 8. Mai am Brandenburger Tor!

Warum reden wir von „Aufmarsch“? Wem ist damit gedient, wenn wir dieses bombastische Deutsch bedenkenlos nachplappern?

Lasst uns die Partei auf Normalmaß zurecht stutzen: Die NPD veranstaltet mal eine Demo. Andere Parteien tun es auch ab und zu. Mit der gängigsten deutschen Sprache schützen wir uns am besten vor einer NPD-Neurose. Also:

Nix Aufmarsch! Demo, bitte.

Frans van der Heijden

europa – links

Nein zur dieser EU-Verfassung

Wir lehnen den Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa ab. Zwar enthält der EU-Verfassungsvertrag auch einige positive Neuerungen, die den europäischen Integrationsprozess bereichern und voranbringen können. Die Verfassung bringt jedoch gegenüber den gegenwärtig gültigen EU-Vertragswerken gravierende Veränderungen mit sich, deren Umsetzung weit reichende und schwerwiegende Folgen für die politische Ausrichtung der Europäischen Union und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger hätte. Unsere Kritikpunkte haben wir wiederholt und ausführlich formuliert und öffentlich gemacht. Sie richten sich insbesondere gegen die neoliberale Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die schon seit Jahren die praktische EU-Politik bestimmt und zu wachsender Armut und gravierend ungleicher Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums in Europa führt. Mit dem neuen Verfassungsvertrag würde sie nun in Verfassungsrang erhoben und auf Jahrzehnte den Kurs europäischer Politik festlegen. Unsere fundamentale Kritik richtet sich ebenso gegen die im Verfassungsvertrag verankerten Militarisierungsbestrebungen, die die Europäische Union zu einer internationalen Militär- und Interventionsstreitmacht umstrukturieren, statt ihre Rolle als friedensstiftende und auf Prävention zielende Kraft in den internationalen Beziehungen zu stärken. In Abwägung der Argumente für und gegen den Verfassungsvertrag können sechs der sieben PDS-Abgeordneten aus den genannten Gründen, im Einklang mit den 34 weiteren Kolleg/innen unserer Fraktion, diesen Verfassungsvertrag nur ablehnen.

André Brie, Helmuth Markov, Tobias Pflüger, Feleknas Uca, Sahra Wagenknecht, Gabi Zimmer

Sylvia-Yvonne Kaufmann, die Mitglied der Grundrechte- und Verfassungskonvents war, stimmte der EU-Verfassung zu. Ihre ausführliche Begründung ist zu finden unter:

www.pds-europa.de/dokumente/presse/view_dok.html?zid=1408

www.pds-europa.de